Stand: 16.07.2025 12:27:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/9895

"Zum Schutz der Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften bei COVID-19-Fällen - Empfehlungen des Robert Koch-Instituts umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/9895 vom 23.09.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/11653 des VF vom 22.10.2020
3. Beschluss des Plenums 18/11938 vom 08.12.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 08.12.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 23.09.2020 **Drucksache** 18/**9895**

Antrag

der Abgeordneten **Alexandra Hiersemann, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Harald Güller, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn SPD**

Zum Schutz der Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften bei COVID-19-Fällen – Empfehlungen des Robert Koch-Instituts umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts (RKI) für Gesundheitsämter zu Prävention und Management von COVID-19-Erkrankungen in Aufnahmeeinrichtungen (AE) und Gemeinschaftsunterkünften (GU) für Schutzsuchende (im Sinne der §§ 44, 53 Asylgesetz – AsylG) umgehend umzusetzen. Insbesondere ist der dringenden Empfehlung des RKI nachzukommen, eine Quarantäne der gesamten AE oder GU sowie das Errichten von (zusätzlichen) physischen Barrieren (Zäunen) unbedingt zu vermeiden.

Darüber hinaus soll die Staatsregierung u. a. folgende Punkte in Bezug auf AE und GU berücksichtigen und in staatliche Handlungsanweisungen umwandeln:

1. In einem Zimmer sollten nur Personen aus einer Familie bzw. enge Bezugspersonen zusammen untergebracht werden; die Bewohnerinnen und Bewohner eines Zimmers sind dabei als Hausstand zu verstehen, während alle anderen Personen in weniger belegte Zimmer untergebracht werden sollen.
2. Einsetzung eines geschulten Teams zur Umsetzung von Präventionsmaßnahmen und zur Durchführung eines Infektionsmanagements.
3. Einsatz von Bewohnerinnen und Bewohner als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Verbesserung der Kommunikation und des Informationsaustausches und zur Erhöhung der Akzeptanz von ergriffenen Maßnahmen.
4. Vernetzung der Einrichtungen mit dem entsprechenden örtlichen Hilfesystem (z. B. psychosoziale Zentren, Suchtberatungsstellen, sozialbetreuerische Versorgungsangebote etc.) zur Sicherstellung einer adäquaten und umsichtigen Vorsorge und einer schnellen Reaktion im Falle einer COVID-19-Erkrankung.
5. Vorsorgliche Vorhaltung separater Unterbringungsmöglichkeiten, um eine dezentrale Unterbringung zu erleichtern und um im Infektionsfall eine räumliche Trennung in verschiedenen Bereichen zeitnah realisieren zu können.
6. Zugang zu psychosozialen und sozialbetreuten Versorgungsangeboten (auch telefonisch oder digital und insbesondere auch zugängliche und altersgerechte Angebote für Kinder und Jugendliche), um dem erhöhten individuellen Bedarf an psychosozialer Versorgung Rechnung zu tragen.
7. Verzicht auf ein systematisches Eingangsscreening und stattdessen Testung von Neuzugängen nach individueller Risikoeinschätzung durch das Gesundheitsamt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

8. Konzentration der COVID-19-Tests auf symptomatische Verdachtsfälle, die zeitnah getestet, bis zum Vorliegen des Ergebnisses isoliert, gesondert untergebracht und medizinisch versorgt werden müssen.

Begründung:

Derzeit verhält sich die Staatsregierung in Bezug auf das Management in AE und Gemeinschaftsunterkünften (GU) für Asylbewerberinnen und -bewerber bei COVID-19-Fällen konträr zu den Handlungsempfehlungen des RKI. Im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration forderte das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege die Gesundheitsämter in Bayern unter anderem zu Folgendem auf:

„Zukünftig werden grundsätzlich bei jedem Positiv-Fall bei Bewohnern oder Mitarbeitern in einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber alle Bewohner (Asylbewerber und auch Fehlbeleger) sowie Beschäftigte der betroffenen Unterkunft getestet. Die Bewohner und Beschäftigten werden alle mindestens am ersten Tag der Ermittlung sowie am Tag 12 oder 13 auf SARS-CoV 2 getestet. Die gesamte Einrichtung wird mindestens 14 Tage unter Quarantäne gestellt. Kommt die zweite Testung am Tag 12 oder 13 ausschließlich zu negativen Testergebnissen, kann die Quarantäneanordnung aufgehoben werden. Werden in der Testung am Tag 12 oder 13 neue Infizierte entdeckt, beginnt die Testung und damit einhergehend die Quarantäneanordnung von vorn. Dieses Verfahren soll unabhängig von der Größe der Einrichtungen erfolgen."

Dies steht im direkten Widerspruch zu den aktuellen Empfehlungen des RKI[1].

Hier heißt es unter anderem: „Es wird dringend empfohlen, eine Quarantäne der gesamten AE oder GU sowie das Errichten von (zusätzlichen) physischen Barrieren (Zäunen) zu vermeiden." Dieser wissenschaftlich fundierten Empfehlung ist Folge zu leisten, um eine Unverhältnismäßigkeit für die Betroffenen zu vermeiden. Darüber hinaus werden mit der Vermeidung einer pauschalen Quarantäneanordnung die sowieso bereits angespannten Situationen vor Ort nicht noch weiter unnötig strapaziert.

Darüber hinaus empfiehlt das RKI dringend, Möglichkeiten der Einzelunterbringung sowie einer eventuell notwendigen Selbstisolation zu schaffen. Zudem wird vom RKI zu einem Verzicht auf ein systematisches Eingangsscreening geraten. Stattdessen sollen Tests von Neuzugängen nach individueller Risikoeinschätzung durch das Gesundheitsamt erfolgen. Kriterien können beispielsweise die Verlegung aus einer Einrichtung mit einem oder mehreren bekannten COVID-19-Fällen oder die Einreise aus einem Land bzw. einer Region mit einer hohen Inzidenz sein. Das RKI weist in diesem Bezug auch ausdrücklich auf die eingeschränkte Aussagekraft negativer Tests hin: „negativ Getestete können noch in der Inkubationszeit sein, bzw. unmittelbar nach einem negativen Testergebnis eine Infektion erwerben".

Die Staatsregierung hat in der Vergangenheit wiederholt und mit Nachdruck auf die Einhaltung der Empfehlungen des RKI gedrängt. Beispielsweise weist das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege Landratsämter und andere Behörden in Bayern vielfach auf die aktuellsten Empfehlungen des RKI hin. Auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder wies in Interviews, Pressekonferenzen und Stellungnahmen immer wieder auf die Empfehlungen und Angaben des RKI hin und unterstrich ihre Bedeutung. Zum Beispiel verwies er bei der Entscheidung, die Bundesliga bald ohne präsente Fans fortzusetzen, ausdrücklich darauf, dass das RKI „grünes Licht" geben müsse[2]. Selbst das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege weist in seiner oben zitierten Anordnung an die Gesundheitsämter ausdrücklich auf die „neuen Empfehlungen des Robert Koch-Institutes" hin. Folglich ist eine Berücksichtigung der Empfehlungen des RKI in Bezug auf Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte nur ein folgenrichtiger Schritt in der Logik der Staatsregierung, der sachgerecht wäre und längst überfällig erscheint.

---

[1] vgl: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/AE-GU/Aufnahmeeinrichtungen.html

[2] vgl. ARD-Tagesthemen, 21.04.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.10.2020 **Drucksache** 18/**11653**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u.a. SPD
Drs. 18/**9895**

Zum Schutz der Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften bei COVID-19-Fällen - Empfehlungen des Robert Koch-Instituts umsetzen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 22. Oktober 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.12.2020 **Drucksache** 18/**11938**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Alexandra Hiersemann, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Harald Güller, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn SPD**

Drs. 18/**9895**, 18/**11653**

Zum Schutz der Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften bei COVID-19-Fällen – Empfehlungen des Robert Koch-Instituts umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Stimmenthaltungen! – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

   Recht
   Legale Migration - öffentliche Konsultation
   23.09.2020 - 31.12.2020
   Drs. 18/10246, 18/11789 (G) [X]

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	ENTH	Z

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas bis 2030 - In eine klimaneutrale Zukunft zum Wohl der Menschen investieren
COM(2020) 562 final
BR- Drs. 546/20
Drs. 18/10716, 18/11850 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Doris Rauscher u.a. SPD
Subsidiarität
Positive Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union
COM(2020) 682
BR-Drs. 649/20
Drs. 18/11466, 18/11852 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union
COM (2020) 682
BR-Drs. 649/20
Drs. 18/11533, 18/11853 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	A	Z

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Klaus Stöttner, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Arbeitsplätze sichern - Teilzeit- und Befristungsgesetz der Corona-Pandemie anpassen
Drs. 18/8969, 18/11649 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	A	Z

6. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. SPD
Gesundheitsämter in der Pandemie unterstützen
Drs. 18/9787, 18/11681 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Doris Rauscher SPD
Risikogruppen gefahrlose Therapie ermöglichen - Kostenübernahme für Tele-Logopädie ermöglichen
Drs. 18/9809, 18/11669 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Evaluation der Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes während Geburten in der Coronakrise und Konzept zur Entschädigung
Drs. 18/9874, 18/11670 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

9. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
NEIN zur Corona-Testpflicht in Kinderbetreuungseinrichtungen
Drs. 18/9875, 18/11651 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

10. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Aufklärungskampagne zur Befreiung von der Maskenpflicht
Drs. 18/9876, 18/11671 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Beste medizinische Versorgung für Kinder und Jugendliche - Fallpauschalen abschaffen, Kinder- und Jugendkliniken retten
Drs. 18/9882, 18/11672 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u.a. SPD
Zum Schutz der Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften bei COVID-19-Fällen - Empfehlungen des Robert Koch-Instituts umsetzen
Drs. 18/9895, 18/11653 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Den Öffentlichen Gesundheitsdienst dauerhaft stärken, die Public Health-Perspektive im Gesundheitswesen ausbauen
Drs. 18/9941, 18/11679 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Ralph Müller, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Chorgesang im Bereich der Laienmusik wieder vollumfänglich zulassen
Drs. 18/9991, 18/11771 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)
Bayern ist Reha-Land Nummer 1 - auch für Corona: Corona-Patienten bestmöglich versorgen, Nachsorge sicherstellen, Betriebliches Gesundheitsmanagement ausbauen
Drs. 18/10274, 18/11673 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	Z	ENTH

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Soziale Nähe statt Vereinsamung für unsere Seniorinnen sowie Senioren und Menschen mit Behinderung in der Corona-Pandemie
Drs. 18/10275, 18/11788 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Z

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Einheitliche EU-Standards für Sozialleistungen von Asylbewerbern einführen
Drs. 18/10277, 18/11289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

18. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Stefan Schuster u.a. und Fraktion (SPD)
Hinrichtungsserie im US-Präsidentschaftswahljahr stoppen - Todesstrafe weltweit abschaffen
Drs. 18/10304, 18/11290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Tschechien und Bayern
Drs. 18/10316, 18/11291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen bei der Digitalisierung ihrer Verwaltungen stärken!
Drs. 18/10317, 18/11704 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Folgen der Corona-Pandemie abfedern:
Sicher-Wohnen-Programm auflegen
Drs. 18/10321, 18/11650 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	A

22. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Finanzierungsprogramm zur Anschaffung von Lastenrädern an den Behörden und Hochschulen im Freistaat
Drs. 18/10332, 18/11652 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

23. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Standortpolitik für ein Bayern von Morgen: Beim Klima muss Bayern global denken und handeln - Klimapartnerschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglichen!
Drs. 18/10406, 18/11302 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	Z

24. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Technische Universität Nürnberg - Gründungsvizepräsidentin oder -vizepräsident für Nachhaltigkeit
Drs. 18/11444, 18/11665 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	Z

25. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u.a. FDP
Technische Universität Nürnberg - Kooperationen mit anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen
Drs. 18/11445, 18/11666 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z